

## Protokoll Einwohnerrat Wohlen

12. Sitzung vom 27. April 2015 von 19:00 bis 20:45 Uhr im Casino Wohlen

---

|                         |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                           |
|-------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>Vorsitz</b>          | Ariane Gregor, Präsidentin                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                |
| <b>Protokollführung</b> | Michelle Steinauer, Gemeindeschreiber-Stv.                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                |
| <b>Präsenz</b>          | <b>Einwohnerrat</b><br>Mitglieder des Einwohnerrats: 39<br>Absolutes Mehr: 20<br>Zweidrittelsmehr: 26<br><br><b>Gemeinderat</b><br>Walter Dubler, Gemeindeammann<br>Paul Huwiler, Vizeammann<br>Bruno Breitschmid, Gemeinderat<br>Ruedi Donat, Gemeinderat<br>Markus Gsell, Gemeinderat<br>Urs Kuhn, Gemeinderat<br>Arsène Perroud, Gemeinderat<br><br><b>Weitere Anwesende</b><br>Christoph Weibel Gemeindeschreiber<br>Marco Veil, Chef Regionalpolizei |
| <b>Entschuldigungen</b> | Magdalena Küng, Grüne<br>Paul Huwiler, Vizeammann                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         |

## TRAKTANDEN

1. Eingänge und Mitteilungen
2. Wahl 1 Mitglied Finanzkommission
3. Motion 13035 Globalbudget für die Schule Wohlen
4. Postulat 13020 Prüfung der easyvote Abstimmungshilfe
5. Postulat 13036 Neue Standortsuche für die Ludothek Wohlen
6. Antwort zur Anfrage 12152 Umgestaltung des Knotens Angliker-/Nutzenbachstrasse, Verlegung Bergbach, Hochwasserentlastung Anglikon
7. Antwort zur Anfrage 13026 betreffend Stellungnahmen des Gemeinderates bei Motionen und Postulaten
8. Antwort zur Anfrage 13041 Anwendung und Bewirtschaftung der Parkuhren
9. Antwort zur Anfrage 13042 Parkkarten
10. Antwort zur Anfrage 13043 zu den Polizeieinsätzen in unserer Gemeinde

Gregor Ariane, Präsidentin:

### **Eingänge**

Folgende Eingänge haben die Mitglieder des Einwohnerrates seit der letzten Sitzung vom 23. Februar 2015 zu verzeichnen:

- Absage der Einwohnerratssitzung vom 23. März 2015
- Antwort zur Anfrage 13041 betreffend Anwendung und Bewirtschaftung der Parkuhren
- Antwort zur Anfrage 13042 betreffend Parkuhren
- Antwort zur Anfrage 13043 betreffend Polizeieinsätzen in unserer Gemeinde
- Antwort zur Anfrage 13026 betreffend Stellungnahmen des Gemeinderates bei Motionen und Postulaten
- Antwort zur Anfrage 12152 betreffend Umgestaltung des Knotens Angliker-/Nutzenbachstrasse, Verlegung Bergbach, Hochwasserentlastung Anglikon
- Antwort zur Anfrage 12091 betreffend Sperrung des Haldenschulhausplatzes und Aufhebung der Parkplätze
- Einladung zur Informationsveranstaltung vom 29. April, 2015, 19.00 Uhr in der Bezirksschule Halde
- Einladung zur 12. Einwohnerratssitzung vom 27. April 2015
- Geschäftsbericht mit Jahresrechnung 2014

Es liegt auf:

- Motion 13045 der Fraktion FDP/Dorfteil Anglikon betreffend Kostentransparenz bei parlamentarischen Vorstössen
- Einladung zur Ausstellung „Marktgeschehen“ im Schulhaus Junkholz
- Einladung zum Tag der offenen Tür im VIF vom 2. Mai 2015, Kompetenzzentrum Jugend
- Einladung zum Hoftheater
- Einladung zum Wildblumenmarkt

### **Mitteilungen**

Gregor Ariane, Präsidentin: Todesanzeige von Max Haller-Furrer. Er war Mitglied des Einwohnerrates zwischen 1975 und 1985.

Geburtsmitteilung von Neo Levi Geissmann vom 17. März 2015, Sohn von Einwohnerratsmitglied Thomas Geissmann.

### **Rücktritt Mitglied Einwohnerrat**

Gregor Ariane, Präsidentin: Verliert das Rücktrittsschreiben von Sandra Lehmann, GLP.

## Fraktionserklärung

Wille Franz, CVP: Am 8. März 2015 hat die Mehrheit der Wohler Stimmberechtigten den Rahmenkredit für die Investorenausschreibung Jacob-Isler-Areal über CHF 302'400.00 abgelehnt. Die Gründe dafür müssen wir hier nicht analysieren, es interessiert aber, wie es weitergehen soll. Tatsache ist, dass sich durch die Abstimmung am bestehenden rechtlichen und planerischen Zustand gar nichts geändert hat. Es besteht nach wie vor ein rechtsgültiger Gestaltungsplan mit Definitionen was auf dem Isler-Areal realisiert werden soll. Nach wie vor kommen folgende Optionen in Frage: Verkauf als Ganzes oder in Teilen, eine Nutzung durch Private oder die Gemeinde selbst, eine Kombination dieser Möglichkeiten. Unsere Fraktion ermuntert den Gemeinderat, die Abklärungen vorzunehmen, die so oder so vor einem Verkauf oder einer Nutzung durch die Gemeinde gemacht werden müssen. Dabei handelt es sich um die Altlastenuntersuchung und planerische Massnahmen im Hochwasserschutz.

**Wahl 1 Mitglied Finanzkommission**

---

Manimanakis Corinne, SP: Wir schlagen Ihnen als Mitglied in die Finanzkommission Cyrille Meier vor. Sie kennen ihn alle durch seine Mitarbeit im Einwohnerrat. Er ist sehr motiviert und qualifiziert für diese Aufgabe, deshalb bitten wir Sie, Cyrille Meier zu wählen.

**Antrag auf offene Abstimmung**

*Der Antrag wird einstimmig angenommen.*

**Ersatzwahl als Mitglied der Finanzkommission**

*Cyrille Meier wird grossmehrheitlich gewählt.*

Gregor Ariane, Präsidentin: Ich gratuliere Cyrille Meier herzlich zu dieser Wahl.

**Motion 13035 Globalbudget für die Schule Wohlen**

---

Keller Anna, Grüne: Ich möchte gerne die Stellungnahme des Gemeinderates hören und mich anschliessend dazu äussern.

Huwiler Paul, Vizeammann: Der Gemeinderat ist bereit, die Motion als Postulat entgegen zu nehmen und die Umsetzbarkeit zu prüfen.

Keller Anna, Grüne: Ich stimme der Umwandlung in ein Postulat zu. Gerne erläutere ich den Grundgedanken zu meiner Motion. Das Wichtigste, nämlich ein Leistungsauftrag und eine detaillierte Schnittstellenliste, fehlt aus meiner Sicht in den früheren Budgets.

Es wird immer wieder gesagt, dass ein Globalbudget für die Schule nur dann möglich sei, wenn die Gemeindeverwaltung als Ganzes die Wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WOV) hätte. Das ist nicht bei allen Gemeinden so, beispielsweise in der Gemeinde Muri wird auch nach HRM2 budgetiert, trotzdem gibt es dort seit sieben Jahren ein Globalbudget für die Schule.

Geissmann Thomas, FDP: Wir stellen den Antrag auf Nichtüberweisung der Motion bzw. des Postulats. Der Gemeinderat erstellt bekanntlich mit den verschiedenen Abteilungen jeweils jährlich ein Budget. Dabei werden alle Ausgabenposten einzeln angeschaut und auf Sparmöglichkeiten überprüft. Dieses Vorgehen ist richtig und hat sich sowohl beim Staat als auch in der Privatwirtschaft bewährt. Heute wollen die Grünen dieses Verfahren ändern, es soll ein Globalbudget für eine Dauer von drei Jahren gesprochen werden. Damit kann die Schule in einem Jahr mehr ausgeben, wenn die Mehrausgaben in anderen Jahren wieder kompensiert werden. Ein Leistungsauftrag definiert, welche Aufgaben mit dem gesprochenen Geld erfüllt werden. Das klingt alles recht gut. Unsere Fraktion stellt sich aber folgende Fragen:

1. Der Gemeinderat kann nicht ausschliessen, dass für Sonderausgaben, trotz Globalbudget, innerhalb der Perioden, Kreditanträge seitens der Schule gestellt werden. Die Befürchtung besteht, dass das gesprochene Budget voll ausgeschöpft und in einzelnen Jahren sogar überschritten wird und bei Überraschungen einfach ein Kreditantrag gestellt wird.
2. Mit gutem Recht werden Budgets jährlich erstellt und unterstehen einem höheren Gremium zur Überprüfung und allfälliger Korrektur. Es ist nicht einzusehen, dass wir bei der Schule von dieser sinnvollen Regelung eine Ausnahme machen sollen.
3. Sollten wir der Schule diese Sonderregelung gewähren, ist es schwer, Argumente zu finden, weshalb nicht auch die Feuerwehr, der Zivilschutz, die Gemeindekanzlei oder eine andere Gemeindeabteilung von diesem Privileg profitieren soll.
4. Ein Leistungsauftrag ist ein durchaus sinnvolles Instrument, wenn ein Auftrag öffentlich ausgeschrieben wird und sich mehrere Teilnehmer an dieser Ausschreibung beteiligen. Beispiele dafür sind die Jugendarbeit, der Betrieb eines Ortsbusses oder die Kehrriemabfuhr. Der Leistungsumfang wird festgelegt und verschiedene Vereine oder Unternehmungen, die miteinander in Konkurrenz stehen, reichen dann ihre Angebote ein. Diese Voraussetzung ist bei der Schule nicht gegeben, sie ist eine staatliche Institution, ihre Aufgaben sind im Gesetz nachzulesen. Weiterführende Wünsche wie beispielsweise ein Jugendfest, Klassenausflüge oder ein Schneesportlager werden in den Budgetverhandlungen abgesprochen. Eine Leistungsvereinbarung wäre nichts anderes als ein Papiertiger, der zu zusätzlichem Aufwand mit kaum Mehrwert führt.

Aus diesen Überlegungen wird sich unsere Fraktion gegen eine Überweisung des Postulats aussprechen.

## Fraktionsmeinungen

Brunner Edwin, SVP: Thomas Geissmann hat bereits eine umfangreiche Erklärung zu dieser Thematik abgegeben. Die SVP schliesst sich der Meinung der FDP an.

## Einzelvoten

Keller Anna, Grüne: Thomas Geissmann hat die Sonderausgaben angesprochen, diese sind nicht davon abhängig, ob ein Budget über ein oder drei Jahre geht. Ich habe immer wieder erlebt, dass Ende Jahr festgestellt wird, dass noch ein Geldposten vorhanden ist. Wenn dieses Geld dann nicht ausgegeben wird, verfällt es. Bei einem Globalbudget geschieht dies nicht. Es ist dann ein Polster, welches für das nächste Jahr zur Verfügung steht. Gibt die Schule in einem Jahr zu viel Geld aus, muss sie dieses Defizit ins neue Jahr übernehmen. Es sind dann aber auch nicht mehr der Einwohner- und der Gemeinderat die das steuern, sondern die Schule muss intern Lösungen finden.

Ich habe mich über dieses Thema in Muri ausführlich mit der zuständigen Gemeinderätin und dem Gesamtschulleiter unterhalten. Niemand hat etwas von zusätzlichem Aufwand gesagt, nur die Übergangszeit hat viel Arbeit gegeben und war anspruchsvoll. Die Einführung eines Globalbudgets hat zu einer merklichen Entspannung geführt. Die zuständigen Personen können Entscheide treffen und auch kurzfristige auf neue Situationen reagieren.

Duschén Andrea, FDP: Die Gemeinde Muri läuft bezüglich Globalbudget unter Pilotprojekt, eine solche Regelung müsste man auch für Wohlen beim Kanton beantragen.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Es ist wahrscheinlich hinlänglich bekannt, dass die SVP aus politischen Gründen kein Globalbudget möchte. Mit einem Globalbudget findet eine gewaltige Machtverschiebung zugunsten der Schulverwaltung statt, Sandra Lehmann und ich erleben das regelmässig im Grossen Rat. Sie werden dann nicht mehr viel zum Schulbudget zu sagen haben, Sie können dann nur noch die eine Zahl und ein paar Indikatoren festlegen, damit hat es sich. Des Weiteren führt es zu einem enormen Papierkrieg, in Aarau sind viele Beamte, die das alte Regime noch erlebt haben, am verzweifeln.

Jetzt aber zum grundlegenden Mangel dieser Motion, die gar nicht erfüllbar ist. Sie verlangt, dass der Gemeinderat eine Globalbudgetierung einführt, ohne dass er dafür zuerst die Rechtsgrundlage schaffen lässt. Die Gemeinde Muri hat vor einigen Jahren an der Gemeindeversammlung die Rechtsgrundlage beschlossen, um die Globalbudgetierung durchführen zu können, indem die Einwohnergemeindeversammlung dazu ja gesagt hat. Wir müssten, gemäss Gemeindegesetz, zuerst die Rechtsgrundlage dafür schaffen. Diese Motion, das gilt auch für ein Postulat, ist gar nicht umsetzbar, weil man zuerst die Gemeindeordnung ändern müsste. Nur schon alleine weil die Motion falsch formuliert ist, können wir gar nicht anders, als sie ablehnen.

Keller Anna, Grüne: In Muri war das Globalbudget tatsächlich zuerst ein Pilotprojekt, diese Phase ist aber längst abgeschlossen, heute ist es definitiv eingeführt. Es ist klar, dass es in Muri einen Gemeindeversammlungsbeschluss brauchte, da es dort keinen Einwohnerrat gibt. Die Motion ist jetzt in ein Postulat umgewandelt. Sollte der Gemeinderat feststellen, dass eine gesetzliche Änderung nötig ist, kann er diese vorschlagen, und wir können darüber befinden.

Geissmann Thomas, FDP: Wenn das jetzt das Ei des Kolumbus wäre, dass man damit spart und Übertragungen von einem Jahr zum anderen vornimmt, dann frage ich mich, wieso das nicht auch bei Unternehmen eingeführt wird. Ich kenne kein einziges Unternehmen, das mit einem Dreijahresbudget operiert. Wenn das so vorteilhaft wäre, wie von Anna Keller dargestellt, würde man es auch an anderen Orten antreffen.

Keller Anna, Grüne: Die Schule ist kein Unternehmen, sie verkauft nichts und hat Zwangskunden, deshalb ist sie kein Geschäft.

### **Abstimmung**

*Das Postulat 13035 Globalbudget für die Schule Wohlen*

wird mit 12 Ja-Stimmen zu 27 Nein-Stimmen abgewiesen.

**Postulat 13020 Prüfung der easyvote Abstimmungshilfe**

---

Burkard Thomas, Grüne: Wir haben keine Ergänzungen. Im vorliegenden Postulat ist bereits die ganze Thematik ausführlich erklärt.

Huwiler Paul, Vizeammann: Der Gemeinderat hat dieses Anliegen ausführlich diskutiert und ist zum Schluss gelangt, dass es noch einige unklare Punkte gibt. Der Gemeinderat fragt sich beispielsweise, ob es richtig ist, dass, nebst den Abstimmungsunterlagen, noch ein weiteres, anders formuliertes, Papier zugestellt werden soll. Wir möchten die offenen Fragen noch vertiefter anschauen und sie auch an unseren Jugendrat weitergeben, der sich damit befassen soll. Vielleicht ist es sinnvoll, die jungen Leute mittels sozialer Medien dazu zu bringen, abstimmen zu gehen. Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat entgegen zu nehmen. Der Jugendrat kann einen Bericht und Antrag ausarbeiten.

Severa Jan L., FDP: Wir stellen den Antrag auf Nichtüberweisung dieses Postulats. Unsere Fraktion lehnt dieses Anliegen mehrheitlich ab. Die folgenden Gründe sind für uns ausschlaggebend:

- Die Abstimmungshilfe in Form einer Broschüre verfehlt unserer Meinung nach die Zielgruppe. Das Heft wird vor allem von Jugendlichen gelesen werden, die bereits Interesse an Politik haben und unter Umständen bereits abstimmen gehen.
- Aus unserer Sicht zielt eine effektive Jugendförderung vor allem auf diejenigen Jugendlichen ab, die bis anhin noch gar kein Interesse an Politik bekundet haben.
- Die easyvote-Abstimmungshilfe beschränkt sich zudem auf kantonale und nationale Vorlagen, wir sind aber der Meinung, dass vor allem kommunale Vorlagen den Jugendlichen näher gebracht werden müssten, wenn schon Gemeindemittel dafür verwendet würden.

Unsere Fraktion begrüsst grundsätzlich die Förderung der Stimmbeteiligung von Jugendlichen. Wir würden aber einen grösseren Nutzen darin sehen, vor Abstimmungen, jeweils in Zusammenarbeit mit dem Jugendrat und den Jungparteien, Infoanlässe bzw. Podien durchzuführen. Das gäbe den Jugendlichen Gelegenheit, Politik hautnah zu erleben und sich eine Meinung zu bilden. Sollte das Postulat heute abgelehnt werden, werden wir einen entsprechenden Vorstoss unterstützen oder selbst vorbringen. Wir hoffen, dass Sie unserer Argumentation folgen und das Postulat ablehnen.

**Fraktionsmeinungen**

Huwiler Paul, Vizeammann: Ich danke Jan Severa für sein Votum, es deckt sich mit der Meinung des Gemeinderates. Deshalb möchten wir das Postulat dem Jugendrat übergeben, der dann untersuchen kann, welche weiteren Möglichkeiten bestehen, um Jugendliche zu mobilisieren, die wir bis anhin nicht erreichen konnten.

Brunner Edwin, SVP: Wir folgen der FDP weil wir auch der Meinung sind, dass die zugestellten Unterlagen ausreichend aussagekräftig sind. Die Jungen holt man mit easyvote nicht an die Urne. Meine persönliche Erfahrung war, dass mein politisches Interesse erst etwa im Alter von dreissig Jahren entstanden ist, das ist bei vielen Menschen nicht anders.

Burkard Simone, CVP: Das Postulat ist ein interessanter Versuch, um eine höhere Stimmbeteiligung der Jugendlichen zu erreichen. Wir haben in unserer Fraktion intensive Diskussionen darüber geführt. Wie Paul Huwiler bereits gesagt hat, sind einige Punkte noch unklar. Trotz diesen Punkten ist die CVP-Fraktion mehrheitlich für die Überweisung des Postulats. Wir finden, dass man ein Zeichen setzen sollte. Erst kürzlich wurde in der Zeitung darüber berichtet, dass die Stimmbeteiligung im Kanton Basel durch den Einsatz der easyvote-Abstimmungshilfe erhöht werden konnte.

Stirnemann Alex, SP: Unsere Fraktion, in der es relativ viele junge Leute hat, unterstützt dieses Postulat. Wir denken, dass easyvote eine Möglichkeit sein kann, die jungen Leute, die sonst erst später ein Interesse an Politik entwickeln, früher an die Urne zu bringen. Der Gemeinderat sollte die Gelegenheit erhalten diese Idee zu prüfen.

Frischknecht Julia, GPL/EVP: Die GLP spricht sich für eine Überweisung des Postulates aus. Auch die Idee, mit dem Jugendrat die Thematik zu erarbeiten, erachten wir als sinnvoll. Dann können die unklaren Punkte definitiv geklärt werden.

## **Einzelvoten**

Lütolf Harry, CVP: Die FDP und die SVP wissen schon im Voraus, dass der Einsatz von easyvote nichts bringen wird. Ich bewundere die hellseherischen Fähigkeiten dieser Parteien. Ich würde dem Postulat zustimmen und dem Gemeinderat vorschlagen, dem Einwohnerrat, innerhalb vier Jahren, mit einem fest zugesagten Verpflichtungskredit, einen Bericht und Antrag zu unterbreiten. Erst wenn man easyvote einsetzt, kann man untersuchen, ob markant mehr Jugendliche an die Urne gehen. Wir leiden unter einer tiefen Stimmbeteiligung der Jungen und zunehmend auch der Wähler im mittleren Alterssegment. Ich finde es schlecht, dass Entscheide mit einer dreissigprozentigen Stimmbeteiligung legitimiert werden. Deshalb müssen wir alles Mögliche unternehmen, um die Stimmbeteiligung zu erhöhen. Easyvote ist eine Massnahme, die geprüft werden sollte.

Severa Jan L., FDP: Ich beschäftige mich viel mit Jugendlichen und diskutiere auch oft mit ihnen. Sie haben mir gesagt, dass das Geschriebene sie relativ wenig interessiert. Wir haben Podien durchgeführt, die zu grossen Begeisterungstürmen geführt haben. An den Podien haben die Jugendlichen eine lebendige Politik erlebt. Wir sind der Meinung, dass der Einsatz von easyvote nichts bringt, die Jugendlichen müssen über den direkten Kontakt abgeholt werden, damit sie sich für Politik begeistern. Das Geld, welches einige Leute für easyvote ausgeben wollen, ist aus dem Fenster geworfenes Geld, welches man besser für Veranstaltungen mit dem Jugendrat und den Jugendparteien einsetzen würde, das wäre viel effizienter.

Palmieri Marco, SVP: Ich möchte mich auf Fakten stützen, deshalb habe ich easyvote und die Ausgangslage dafür in Wohlen analysiert. In Wohlen sind von den tausend Jugendlichen zwischen 18 und 25 Jahren 672 stimmberechtigt. Mit easyvote könnten wir 73 Jugendliche mehr erreichen als bisher, dafür müssten wir CHF 5'000.00 pro Jahr einsetzen. Das ist aus dem Fenster geworfenes Geld. Es ist besser, die jungen Leute an eine Einwohnerratssitzung einzuladen, wo sie sehen können, wie engagiert wir hier politisch tätig sind. Wir können damit versuchen, sie in unsere Politik einzubinden.

Geissmann Thomas FDP: Zum Vorwurf von Harry Lütolf möchte ich sagen, dass wir nicht gesagt haben, wir wüssten, wie sich der Einsatz von easyvote auswirken würde. Unsere Aufgabe als Politiker ist es aber, mögliche Massnahmen zu beurteilen. Genauso wie wir zum Schluss gekommen sind, dass der Einsatz von easyvote wenig bringt, kommt Harry Lütolf zum Schluss, dass der Einsatz gut wäre. Das ist Politik. Wir müssten sonst jeder Massnahme, die hier vorgeschlagen wird, zustimmen, nur um zu schauen, ob sie etwas bringt.

Stirnemann Alex, SP: Ich verstehe nicht, weshalb Jan Severa das Postulat nicht überreichen will, gerade weil er findet, dass man vielleicht andere Massnahmen ergreifen müsste. Bei diesem Postulat geht es darum, Massnahmen zu finden, die die Beteiligung der jungen Leute am politischen Geschehen erhöht. Auf welche Art und Weise das Postulat umgesetzt werden wird ist eine andere Frage, die man aber zur Prüfung weitergeben kann. Es könnten auch ältere Leute von der easyvote-Abstimmungshilfe profitieren, das würde auch mehr Leute an die Urne bringen.

Severa Jan L., FDP: Das Postulat fordert die Prüfung von easyvote und keine Informationsveranstaltung für Jugendliche. Wir haben an der Fraktionssitzung gesagt, dass wir einen weiter gefassten Vorstoss unterstützen würden.

Lütolf Harry, CVP: Ich bin schon lange in der Politik tätig und ich glaube, dass ich auch verstehe, wie die Jungen funktionieren. Das eine tun und das andere nicht lassen, ist das Motto. Die hehren Absichten, die von den Gegnern des Postulats unterbreitet wurden, man könne andere Massnahmen treffen, sind gut, sie werden aber nicht umgesetzt werden. Jetzt haben wir einen konkreten Vorschlag vorliegen, dessen Wirksamkeit wir untersuchen könnten.

### **Abstimmung**

*Das Postulat 13020 Prüfung der easyvote Abstimmungshilfe.*

wird mit 18 Ja-Stimmen zu 21 Nein-Stimmen abgewiesen.

**Postulat 13036 Neue Standortsuche für die Ludothek Wohlen**

---

Gsell Markus, Gemeinderat: Die heutige Ludothek liegt sehr gut und hat auch eine schöne Grösse, sie ist gut erreichbar mit dem ÖV und verfügt über öffentliche Parkplätze. Der Mietvertrag dauert vom 1. Mai 2014 bis zum 30. April 2019, die Miete beträgt CHF 26'000.00 pro Jahr. Wir sind das Portfolio der gemeindeeigenen Liegenschaften durchgegangen und haben geprüft, ob wir über vergleichbare freie Räume verfügen, momentan ist dem leider nicht so. Sollte sich das ändern, werden wir prüfen, ob sie sich für die Unterbringung der Ludothek eignen. Der Gemeinderat ist nicht bereit, das Postulat entgegen zu nehmen.

Heinsalo Mika, Dorfteil Anglikon/FDP: Es ist festzuhalten, dass der Vorstoss kein Angriff auf die Ludothek ist. Der Verein leistet gute Arbeit und die Aktivitäten sollen auf jeden Fall weitergeführt werden. Es geht uns darum, die Mietkosten von CHF 26'000.00 zu senken und damit die Gemeindekasse zu entlasten. Im Bleichi-Areal gibt es zum Beispiel freie Räume. Wir sind überzeugt, dass, mit gutem Willen, eine günstige Lösung gefunden werden kann. Der Gemeinderat sollte Abklärungen treffen und die Resultate dem Einwohnerrat unterbreiten. Das muss nicht heute oder morgen sein. Wenn bei einer seriösen und umfassenden Prüfung keine geeignete Liegenschaft gefunden werden kann, wird es unsere Fraktion verstehen. Wir bitten um die Annahme des Postulats.

**Fraktionsmeinungen**

Hoffmann Thomas, CVP: Die Ludothek Wohlen wurde vor 25 Jahren unter der Schirmherrschaft des Gemeinnützigen Ortsvereins gegründet. Schon damals, wie in alten Protokollen nachzulesen ist, wünschte sich der Vorstand der Ludothek geeignete Räumlichkeiten – wie die Bibliothek – von der Gemeinde Wohlen. Da dies nicht möglich war, übernahm die Gemeinde Wohlen die Mietzinse für die Räumlichkeiten, welche sich, bis auf das letzte Jahr, seit 25 Jahren im gleichen Umfang bewegten. Bei jedem Standortwechsel wurde der Gemeinderat involviert. So auch bei diesem vor gut einem Jahr. Es gibt auch heute keine gemeindeeigene Liegenschaft, welche für den Betrieb der Ludothek geeignet wäre. Der Vorstand der Ludothek kann sich vorstellen, dass die Bibliothek und die Ludothek örtlich näher zusammenwachsen. So könnte grosses Synergiepotential genutzt werden. Vielleicht lässt sich das irgendwann einmal auf dem Isler-Areal verwirklichen. Dieses Postulat ist nicht zielführend und bringt der Verwaltung nur unnötig Arbeit. Es kommt zudem zwei Jahre zu spät oder x Jahre zu früh. Die CVP Wohlen wird deshalb dieses Postulat nicht überweisen und empfiehlt es dem Einwohnerrat gleich zu tun. Meine Frau Nicole Hoffmann ist Präsidentin der Ludothek Wohlen. Ich werde deshalb für die Abstimmung nach §17 des Geschäftsreglements in den Ausstand treten.

Brunner Edwin, SVP: Wir versprechen uns von diesem Postulat auf Jahre hinaus die Möglichkeit, Einsparungen machen zu können. Deshalb sind wir für eine Überweisung.

Meier Cyrille, SP: Grundsätzlich ist uns das Postulat sympathisch. Wir vertrauen jedoch dem Gemeinderat, dass er bereits geprüft hat, ob gemeindeeigene Liegenschaften infrage kommen, eine neuerliche Prüfung bringt nichts. Wir empfehlen, das Postulat abzulehnen.

Sax Simon, GLP/EVP: Das Postulat hat einen guten Kern, nämlich den, zuerst die Gemeindeliegenschaften zu nutzen, das spricht dafür. Wir haben aber vom Gemeinderat gehört, dass er bereits so agiert. Gegen das Postulat spricht der Zeitpunkt, es besteht ein Mietvertrag bis 2019. Wir erachten es grossmehrheitlich als nicht zielführend, dieses Postulat zu überweisen.

Burkard Thomas, Grüne: Auch wir sind der Ansicht, dass das Postulat zum jetzigen Zeitpunkt nicht überwiesen werden sollte. Die Gemeinde hat derzeit keine geeigneten Räumlichkeiten zur Verfügung. Der jetzige Standort der Ludothek ist sogar ein sehr guter. Den Vorschlag mit dem Bleichi-Areal finden wir sehr schlecht. Wir möchten nicht, dass das Postulat überwiesen wird.

## **Abstimmung**

*Das Postulat 13036 Neue Standortsuche für die Ludothek*

wird mit 15 Ja-Stimmen zu 20 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen abgewiesen.

*3 Einwohnerratsmitglieder befinden sich nicht im Saal, davon befindet sich Thomas Hoffmann im Aus-stand.*

**Antwort zur Anfrage 12152 Umgestaltung des Knotens Angliker-  
/Nutzenbachstrasse, Verlegung Bergbach, Hochwasserentlastung Angli-  
kon**

---

Geissmann Armin, FDP: Ich bin mit der Beantwortung nicht zufrieden und verlange die Diskussion.

**Abstimmung über Diskussion**

Die Diskussion wird mit 31 Ja-Stimmen zu 6 Nein-Stimmen beschlossen.

*2 Einwohnerratsmitglieder befinden sich nicht im Saal.*

**Diskussion**

Geissmann Armin, FDP: Ich habe bereits einen dicken Stapel Unterlagen zu diesem Thema. Im Jahr 2006 wurde gesagt, dass man einen Kreisel erstellen und – offenbar im Rahmen eines Vorprojektes – den Bach ganz öffnen würde. Im Jahr 2008 wurde innerhalb der GPK darüber gesprochen, dass die Böschung zu steil und eine Öffnung nicht gut wäre. Es wurden verschiedene Diskussionen über eine Bachöffnung geführt, ich konnte aber mit der Gemeinde und dem Kanton nichts erreichen. Dann wurde der obere Teil des Baches geöffnet, vom unteren Teil hat aber nie jemand gesprochen. Es geht mir darum, dass die Bachöffnung, wofür wir vor Jahren CHF 270'000.00 bezahlt haben, gemacht wird. Ich frage mich, dass nur weil ein privater Grundeigentümer den Bach nicht öffnen will, dies jetzt nicht geschehen soll. Das dürfen wir nicht zulassen, es gibt dafür kantonale Gesetze und das Bundesgesetz. Die Gemeinde muss für die Bachöffnung gar nichts bezahlen. Der Kanton ist verpflichtet, bei Bachöffnungen 50% der Kosten zu übernehmen, das sind CHF 135'000.00. Die anderen 50% der Kosten muss der private Grundeigentümer tragen. Es darf doch nicht sein, dass der letzte Teil des Baches nicht geöffnet wird, nur weil das ein privater Grundeigentümer nicht will. Es kann nicht sein, dass dieser darüber selber entscheidet. Ich werde im Anschluss eine Motion einreichen. Es ist ein Muss, dass wir uns weiter damit befassen.

Lütolf Harry, CVP: Ich möchte Armin Geissmann zu seiner sehr guten Anfrage gratulieren und für seinen Einsatz danken. Wenn ein Bach auf dem Grund eines Bauprojektes liegt, muss dieser im Zuge des Bauprojektes auch geöffnet werden. Das ist jetzt hier unverständlicherweise nicht der Fall, nur weil der Grundeigentümer es nicht will. Dort wo die Bachröhre liegt, muss ein 12 Meter breiter Korridor offen gehalten werden, der nicht überbaut werden darf. Der Bach gehört dem Kanton und dieser sind wir alle. Ich möchte, dass der Bach freigelegt wird. Es soll nicht eine Person bestimmen können, dass dies nicht geschieht. Wenn der Bach geöffnet wird, bezahlt der Kanton 60% der Kosten, der Rest geht zu Lasten des Grundeigentümers. Das ist die übliche Vorgehensweise. Was geschieht, wenn das nicht gemacht wird? Dann bleibt der Bach hundert Jahre in der Röhre. Es kann aber auch sein, dass die Röhre zwischenzeitlich kaputt geht. Dann müsste der Bach geöffnet werden. Wenn er nach der Bebauung geöffnet werden müsste, müsste die Gemeinde auch Kosten übernehmen, jetzt können wir das noch verhindern. Wir dürfen das nicht durchgehen lassen, wir müssen den Grundeigentümer zwingen, den Bach frei zu legen.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Wir erklären Armin Geissmann den Sachverhalt nun zum vierten Mal. Ich begreife seinen Einsatz für die Fisch, Bäche und die Bünz. Die Ausgangslage in der Anfrage war jedoch, dass wir das Projekt mit dem Kreisel nicht korrekt realisiert hätten. Das ist falsch, wir sind im Dezember 2013 mit ihm zusammen gesessen und haben sein Anliegen diskutiert. Wir haben ihm dann eine Antwort gegeben – ich verweise auf die Antwort 4.

Wir haben den Hintergrund dieser Anfrage schon verstanden, aber auch wir bewegen uns auf einer Rechtsgrundlage. Die Zustimmung der Nutzungsbewilligung und die Fischereirechtliche Bewilligung vom 3. März 2015, im Zusammenhang mit dem Bauvorhaben der Hüsser Generalbau, ist jederzeit einsehbar. Dies ist alles korrekt Unterschrieben. Der Kanton wird uns kaum leichtfertig unterzeichnete Dokumente zustellen.

Weiter habe ich noch eine schriftliche Antwort von heute vorliegen von Markus Zumsteg, Sektionsleiter, Abteilung Landschaft, Gewässer Wasserbau, zur Bachöffnung war wie folgt:

*„Es gibt keine gesetzliche Grundlage vom Kanton, um in diesem Fall eine Bachöffnung vom Eigentümer zu verlangen, eine solche Forderung würde gegen die rechtsstaatlichen Prinzipien verstossen. Das BVU hat sich sowohl beim neuen als auch beim alten Grundeigentümer für eine Bachöffnung auf freiwilliger Basis eingesetzt, leider ohne Erfolg.“*

Dieses Anliegen lässt sich rechtlich nicht durchsetzen, das müsste man jetzt akzeptieren. Ich bitte Sie, dies so zur Kenntnis zu nehmen. Die gestellte Kernanfrage bezüglich der Umsetzung des Kreisels und ob das Projekt wie geplant umgesetzt wurde kann mit Ja beantwortet werden. Dies wurde auch von der Finanzkommission, im Rahmen der Prüfung der Kreditabrechnung, entsprechend geprüft und bestätigt. Bei der Behandlung dessen stellte Armin Geissmann eine Frage, welche ich zu diesem Zeitpunkt nicht klar beantworten konnte. Die Antwort liegt nun jedoch vor. Wenn man die Öffnung trotzdem durchsetzen möchte, greift man in das Privateigentum ein. Stellt sich die Frage, ob dies zur CVP und zur FDP passt. Es liegt an Armin Geissmann, ob er das Ganze weiterziehen möchte. Ich bitte Sie, die Ergänzung zur Antwort zur Kenntnis zu nehmen.

Geissmann Armin, FDP: Auch der Kanton Aargau muss sich ans Bundesgesetz halten. Laut Art. 38 Abs. 1 dürfen Fließgewässer nicht überdeckt und eingedolt werden. Das bedeutet, dass bestehende Gewässer nach Auslegung dieses Artikels ganz klar offengelegt werden. Ich gehe nochmals auf das bereits erwähnte Vorprojekt ein. Alle, auch die GPK, gingen von diesem Vorprojekt aus. Jetzt plötzlich will niemand mehr davon Kenntnis haben. Das geht meines Erachtens nicht. Auch der Kanton kann sich einmal irren. Es darf nicht sein, dass einzelne Leute sich nicht an dieses Gesetz halten. Aus diesem Grund werde ich diesbezüglich eine Motion einreichen. Wir haben bereits vor Jahren unsere Industrie vorwärts gebraucht und unsere Gewässer eingedolt. Wir haben die moralische Verpflichtung, diesen Bach der Natur zurück zu geben. Es geht mir keineswegs ums Fischen. In diesem Bachstück kann man gar nicht Fischen. Es geht um das Gleichheitsprinzip. Wenn andere die Bäche öffnen mussten, dann sollen es alle tun. Ich danke Harry Lütolf für seine Unterstützung.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Ich möchte Armin Geissmann für seinen Einsatz danken, er tut es für die Natur. Ich staune, dass wir hier gar nichts von der SP und den Grünen hören, obschon es um die Natur geht. Die Renaturierung von einem eingedolten Fließgewässer ist ja wahrscheinlich etwas Zentrales aus Sicht des Umweltschutzes. Wenn es hingegen um die Interessen der Lehrer und der Schule geht, dann sind sie dann ganz stark und bewegen sich an der vordersten Front. Ich möchte mich nicht in die juristische Diskussion einmischen, denn ich müsste erst die Akten sichten. Dennoch habe ich eine zweite Bemerkung anzubringen bezüglich der Geschichte des Kredits für die Umgestaltung des Kreisels Anglikon/Nutzenbach. Diese war nämlich keine Erfolgsgeschichte. Ich erinnere an die komischen Figuren, die sieben Blehmänner ohne Kopf, für die der Einwohnerrat gar kein Geld gesprochen hat. Die Thematik der Bachöffnung wäre ein Nebenpiel der genannten Kreditabrechnung. Ob die Bachöffnung tatsächlich Bestandteil gewesen war vom bewilligten Projekt kann ich nur sagen, wenn ich die Pläne der Kreditvorlage studieren könnte. Das ist leider jetzt im Saal nicht möglich.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Wir können ins Gemeindehaus gehen und uns Projektideen anschauen, welche nicht verwirklicht wurden. Das ist auch beim Kanton so. Schlussendlich zählt das was öffentlich aufgelegt und verwirklicht wurde. Das Jean-Pierre Gallati die Blehmänner nochmals erwähnt erachte ich für ihn als gute Gelegenheit genutzt. Wir haben dies ja seinerzeit bereits bei der Kreditabrechnung diskutiert, es trägt jedoch inhaltlich nichts dazu bei. Ich lade Jean-Pierre Gallati jedoch gerne dazu ein, die genannten Akten anschauen zu kommen. Ich kann nur bestätigen, dass es rechtlich abgehandelt worden ist. Auch bestätige ich nochmals, dass das was geplant worden ist, auch so verwirklicht worden ist. Zufälligerweise ist es auch so, dass der Ingenieur, welcher bei uns für den Bereich Tiefbau arbeitet auch früher im Büro KIP tätig gewesen. Es wurde mehrfach geprüft. Es kann allerdings nicht sein, dass man die Leute immer und immer wieder mit den gleichen Fragen beschäftigt. Dies stellt ein Leerlauf dar und das kostet Geld und Zeit.

Gregor Ariane, Präsidentin: Ich weise darauf hin, dass es hier um die Bachöffnung geht und auch darüber diskutiert wird.

Wille Franz, CVP: Es wäre interessant zu erfahren, weshalb man für einen eingedolten Bach eine Fischereibewilligung erhält. Es gibt auch noch das Projekt Ausbau der Nutzenbachstrasse. Das ist der gleiche Perimeter. In diesem Zusammenhang wurde gesagt, dass man dann den Bach öffnen und von der Seite von Villmergen her entsprechend korrigieren wolle, das würde dann ein gemeinsames Projekt ge-

ben. Könnte es sein, dass der Kanton bei dem Projekt dann weniger Prozent bezahlen müsste als wenn es jetzt gemacht werden würde?

Suter Stephan, SP: Ich habe eine Frage an Gemeindeammann Walter Dubler. So wie ich es verstanden habe, muss der Grundeigentümer den Bach nicht öffnen, weil er es nicht will. Es wird oben an der Coop-Tankstelle eine andere Überbauung erstellt und dort gibt es den Zwang, die Bachöffnung vorzunehmen. Ich verstehe nicht, weshalb der eine Bauherr den Bach freilegen muss und der andere nicht.

Gregor Ariane, Präsidentin: Wir kommen jetzt nicht mehr weiter, ich bitte Armin Geissmann die Motion einzureichen. Dann kann geprüft werden, ob sie rechtens ist.

**Antwort zur Anfrage 13026 betreffend Stellungnahmen des Gemeinderates bei Motionen und Postulaten**

---

Wille Franz, CVP: Ich bin mit der Beantwortung nicht zufrieden und verlange die Diskussion.

**Abstimmung über Diskussion**

Die Diskussion wird mit 32 Ja-Stimmen zu 7 Nein-Stimmen beschlossen.

**Diskussion**

Wille Franz, CVP: Ich beziehe mich immer auf die Antwort des Gemeinderates.

**Frage 1**

Der erste Abschnitt ist richtig. Der Gemeinderat anerkennt, dass der Vorschlag gut ist. Für diese Feststellung danke ich.

Beim zweiten Abschnitt geht es darum, dass wenn die Stellungnahme vom Gemeinderat bekannt wäre, der Einwohnerrat bzw. die Fraktionen die Möglichkeit hätten gezielter zu argumentieren und zu handeln. Wir haben gerade heute drei Beispiele, bei welchen dies der Fall gewesen ist. Ob der Einwohnerrat dies dann auch umsetzt, ist nicht Thema der Anfrage.

**Frage 2**

Ich beziehe mich auf den ersten Abschnitt. Es ist rein formal richtig, dass es im Gemeindereglement nicht vorgeschrieben ist, ob der Gemeinderat seine Haltung schriftlich oder mündlich bekanntzugeben hat. Es gibt lediglich eine zeitliche Vorgabe, dass die Behandlung innert 6 Monaten zu erfolgen hat. Sachdienlich gemäss Reglement ist jedoch einzig, dass die Haltung des Gemeinderates vor der Behandlung im Einwohnerrat bekannt sein müsste und nicht erst, wenn die Motionäre und die Postulanten ihre schriftliche Begründung nochmals mündlich – unter Umständen überflüssigerweise – darlegen mussten.

Beim Abschnitt 2 habe ich mich geärgert. Es steht an dieser Stelle, dass es prüfenswert wäre. Aus diesem Grund habe ich diese Anfrage geschrieben. Die Prüfung hätte jetzt, aufgrund dieser Anfrage, erfolgen müssen und vielleicht hätte man auch gleich etwas entscheiden können. Ein Vermerk auf der Traktandenliste muss der Gemeinderat beantragen und nicht die Einwohnerratspräsidentin, wenn sie die Traktandenliste schreibt.

Die Aussage des Gemeindereglements beim Abschnitt 3 ist richtig. Ich gehe aber davon aus, dass der Gemeinderat in der Regel nur Geschäfte traktandieren lässt, über welche der Beschluss über die Haltung gefasst wurde. Im Ausnahmefall lässt sich der Beschluss des Gemeinderates, beispielsweise per E-Mail, nachreichen.

Der Abschnitt 4 ist meiner Meinung nach völlig überflüssig. Ich will die Arbeit im Einwohnerrat effizienter machen und nicht der Verwaltung Mehrarbeit bescheren. Was die Anfrage fordert, gibt keine Mehrarbeit für die Verwaltung. Einen zusätzlichen Bericht über die Haltung des Gemeinderates hat niemand verlangt. Es genügt, wenn der Gemeinderat seine Haltung mündlich begründet, falls dies nötig ist.

**Schlussbemerkung**

Ich bitte den Gemeinderat zu Gunsten des Einwohnerrates so zu handeln, wie es in anderen Parlamenten Brauch und Recht ist, beispielsweise im Aargauer Grossrat. Wenn das bei den Traktandenlisten der

nächsten Sitzungen nicht der Fall ist, werde ich einen Antrag zur Änderung des Geschäftsreglements stellen.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Franz Wille machte den Vergleich zum Grossen Rat. Es gibt einige Elemente, welche anders sind. Als das jetzt vorliegende Reglement überarbeitet wurde, war auch ein Grossratsmitglied in der Arbeitsgruppe dabei und zwar Bruno Bertschi. Es wurden gewisse Punkte in das Reglement aufgenommen. Ich kenne den politischen Betrieb seit 32 Jahren. Ich bin in dieser Zeit auf niemanden getroffen, für den diese Punkte ein Problem dargestellt hätten. Der Gemeinderat gibt im Vorfeld in den Parteien jeweils seine Haltung zu den Vorstössen bekannt. Diejenigen Parteien, welche keinen Vertreter innerhalb des Gemeinderates haben, können gerne nachfragen. Anlässlich der Büroratssitzung wird die Haltung des Gemeinderates ebenfalls besprochen. Ein Problem könnte erst auftreten, wenn der Vorstoss sehr kurzfristig traktandiert würde. In der Regel nimmt der Gemeinderat jedoch seine Haltung bereits sehr lange vor einer Einwohnerratssitzung ein. Das bisherige System hat sich durchaus bewährt und hat den Effekt, dass der Einwohnerratsbetrieb schlank gehalten werden kann. Der Gemeinderat darf immer nach seiner Haltung gefragt werden.

Früher bei den Interpellationen wurde mündlich eine Antwort erteilt, welche dem Interpellant bis zu diesem Zeitpunkt nicht bekannt war. Auf die jetzigen Anfragen wird schriftlich eingegangen. Aber es sollen doch auch noch persönliche Diskussionen im Rat stattfinden.

**Antwort zur Anfrage 13041 Anwendung und Bewirtschaftung der Parkuhren**

---

Lanz Christian, SVP: Ich bin mit der Beantwortung nicht zufrieden und verlange die Diskussion.

**Abstimmung über Diskussion**

Die Diskussion wird mit 31 Ja-Stimmen zu 8 Nein-Stimmen beschlossen.

**Diskussion**

Lanz Christian, SVP:

**Frage 1**

Der Gemeinderat sagt, dass es keine verschiedenen Klassifizierungen gibt. Es gibt sie aber doch, weil nur bei einigen wenigen Anlässen auf die Erhebung von Parkgebühren, ohne Begründung, verzichtet wird. Wir finden das nicht gerecht.

**Frage 2**

Wer war der Einsatzleiter am Match Basel gegen Wohlen? Wir verstehen nicht, wieso das Abdecken von Parkuhren sie vor Vandalismus schützen soll. Wenn solche Massnahmen aber nötig sind, wie war dann das Privateigentum geschützt?

**Frage 3**

Wie lange dauert es noch, bis das beschlossene Parkierungsgesetz umgesetzt und die Parkuhren montiert werden.

**Frage 5**

Es ist klar, dass der Einwohnerratsbeschluss nicht umgesetzt wurde, sondern die Uhren einfach abgedeckt wurden.

**Frage 7**

Es stimmt nicht, dass sie kurzfristig abgedeckt wurden. Laut Aussagen zweier Gemeindeangestellten wurden die Parkuhren einige Zeit vor Eintreffen des Fanzugs abgedeckt. Es konnte zu diesem Zeitpunkt noch niemand wissen, dass der Fanzug die vorgegebene Route nicht einhalten würde.

**Frage 8**

In welchem Jahrtausend wird das Parkierungskonzept in den Niedermatten eingeführt werden?

Perroud Arsène, Gemeinderat: Ich möchte vorausschicken, dass die Aussage, die Fragen seien nicht beantwortet worden, nicht stimmt.

**Frage 1**

Es ist zu keinem Zeitpunkt ein Antrag vom FC Wohlen vorgelegen, dass man die Parkgebühren erlassen solle. Wir haben die Parkgebühren erlassen weil das eine Anordnung des Einsatzleiters, Marco Veil von der Regionalpolizei Wohlen, war. Es gibt tatsächlich keine Klassifizierung, wir schauen jeden Anlass separat an.

**Frage 2**

Werde ich Marco Veil das Wort geben. Vor solchen Anlässen findet ein reger Austausch zwischen Kantons- und Regionalpolizei statt.

### Frage 3

Wann wird das Parkierungskonzept umgesetzt? Ein Teil davon ist bereits umgesetzt: Merkur-Areal, Isler-Areal und die Strassen rund um die Badi. Die Bewirtschaftung der Niedermatten ist noch nicht eingeführt weil wir für die Anschaffung der Parkuhren noch keinen Kredit hatten.

### Frage 5

Der Gemeinderat setzt die Einwohnerratsbeschlüsse um, die Behauptung von Christian Lanz ist schlicht falsch.

### Frage 7:

Ich bitte Marco Veil, Chef der Regionalpolizei dies zu beantworten.

Veil Marco, Chef Regionalpolizei: Bei diesem Anlass hatte die Kantonspolizei den Lead, Heinz Meier amtierte als Einsatzleiter. Da die Regionalpolizei auch beteiligt war, hat sie auch einen Einsatzleiter gestellt. Wir haben bei der Regionalpolizei Wohlen auch einen FC-Verantwortlichen, der die Lage jeweils einschätzt. Es wurde uns gesagt, dass, nebst den normalen Fans des FC Basels, auch Hooligans anreisen würden. Aus diesem Grund wurde uns die Empfehlung abgegeben, die Parkuhren abzudecken, um sie damit vor Vandalismus zu schützen.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Im Traktandum 10 geht es um die Weiterverrechnung von Kosten an die FC Wohlen AG, was ja nicht geschieht. Der Gemeinderat argumentiert, dass diese Kosten unter ordentliche Polizeidienstleistungen laufen, sie seien also nichts Aussergewöhnliches. Wenn man aber einen Parteienanlass abhält, bezahlt man jede Handbewegung der Polizei, das nur nebenbei. In dieser Diskussion hören wir von gewaltbereiten Fans. Für mich ist das kein ordentlicher Polizeieinsatz, wenn es um gewaltbereite Fans geht. Die Fans des FC Wohls üben ja glücklicherweise keine Gewalt aus. Aber bei diesem Match mussten vorsichtshalber die Parkuhren abgedeckt werden.

Die SVP hat bereits letztes Jahr darauf aufmerksam gemacht, dass die Rechtsgrundlagen für die Erhebung von Parkgebühren fehlen. Wir haben damals auf die Parkreglemente von Baden und Aarau hingewiesen. Das hat niemanden interessiert. Das Beste finde ich, dass man einfach die Lehrpersonen von der Gebührenpflicht befreit, sie werden zu hunderten mit Jahreskarten beschenkt. So wendet der Gemeinderat leider die neuen Reglemente an.

Lehmann Sandra, GLP: Unsere Fraktion ist der Meinung, dass wir ein Parkierungskonzept, ein Gebührenreglement und Parkuhren haben, die grundsätzlich bewirtschaftet werden sollten. Wir sind der Meinung, dass die Gemeinde Wohlen auch bei grösseren Sportveranstaltungen eine einheitliche Handhabung zeigen sollte. Die Parkuhren sollten auch bei solchen Anlässen bewirtschaftet werden, damit man die Leute motivieren kann, mit dem ÖV zu kommen. Wir hoffen, dass diese Anliegen im Parkierungsreglement aufgenommen werden. Jetzt noch etwas an die SVP, die sich hier für die Bewirtschaftung der Parkuhren stark macht: Wir hoffen, dass sie sich dann auch für das Parkierungsreglement einsetzen wird.

Lanz Christian, SVP: Eine Frage zu Antwort 7, die von Marco Veil nicht beantwortet wurde. Zu welchem Zeitpunkt vor dem Spiel Basel – Wohlen wurden die Parkuhren abgedeckt?

Perroud Arsène, Gemeinderat: Der Einsatz der Regional- und Kantonspolizei fängt ja nicht erst mit der Einfahrt des Zugs an, sondern bereits am Nachmittag. Die Parkuhren wurden zwischen 15 und 16 Uhr, während des Einsatzes, abgedeckt. Ich möchte noch etwas Grundsätzliches sagen: Der Gemeinderat hat eine Regionalpolizei mit gut ausgebildeten Polizistinnen und Polizisten, und wir sind der Meinung, dass sie solche Entscheide fällen dürfen, um Sachbeschädigungen zu verhindern. Wir möchten niemandem die Kompetenz absprechen, einen solchen Entscheid zu fällen.

Stäger Urs, SVP: Es ist interessant, wie die Aussagen hier verwässert werden. Zuerst spricht man über die Zugroute, dann wird gesagt, die Parkuhren seien vorher abgedeckt worden, auf einer Route auf welcher gar nicht damit gerechnet wurde, dass die Fans sie nehmen würden. Etwas stinkt gewaltig.

Perroud Arsène, Gemeinderat: Ich wehre mich gegen die Aussage, es würde etwas stinken, dem ist nicht so. Es wurde eine Route bewilligt, wo die Fans durchlaufen würden. Dann gab es im Vorfeld Anzeichen, dass sie woanders durchgehen würde, aufgrund dieser Tatsache haben wir dann gehandelt. Es ist nicht so, dass hier etwas versteckt wird.

**Antwort zur Anfrage 13042 Parkkarten**

---

Lanz Christian, SVP: Ich bin mit der Beantwortung zwar nicht zufrieden, verlange aber keine Diskussion.

**Antwort zur Anfrage 13043 zu den Polizeieinsätzen in unserer Gemeinde**

---

Lanz Christian, SVP: Ich bin mit der Beantwortung zwar nicht zufrieden, verlange aber keine Diskussion.

Gregor Ariane, Präsidentin:

Wir sind somit bereits am Ende der heutigen Sitzung. Die nächste Sitzung findet am 22. Juni 2015, voraussichtlich um 18.00 Uhr statt.

Die Präsidentin schliesst die Sitzung.

Für das Protokoll

Ariane Gregor  
Präsidentin



Michelle Steinauer  
Gemeindeschreiber-Stv.